



EESC Info

European Economic and Social Committee

A bridge between Europe and organised civil society

February 2024 | DE

Available Languages:

ES	BG	CS	DA	EN	DE	ET	FR	EL	HR	IT	LV	LT	HU	MT	NL
PL	PT	FI	RO	SK	SL	SV									

GRUSSWORT



Grußwort

Die bevorstehenden Europawahlen sind entscheidend, um dem Euroskeptizismus und dem rechtsextremen Alarmismus in der EU Einhalt zu gebieten. Sie werden die politische Landschaft der EU prägen und dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger und die Organisationen der Zivilgesellschaft eine aktive und inklusive Rolle spielen können.

Vor diesem Hintergrund wird der EWSA als das Haus der Zivilgesellschaft vom 4. bis zum 7. März 2024 zum ersten Mal eine *Woche der Zivilgesellschaft* zum Thema „Für die Demokratie eintreten!“ veranstalten.

Dabei werden Menschen aller Altersgruppen und mit unterschiedlichem Hintergrund zusammenkommen, darunter junge Menschen, Journalistinnen und Journalisten aus allen EU-Mitgliedstaaten sowie Vertreter von Organisationen der Zivilgesellschaft, Interessenträgern und EU-Institutionen, um intensiv miteinander zu debattieren und den Beitrag der Zivilgesellschaft zu den für unser aller Alltag relevanten sozialen, politischen und wirtschaftlichen Fragen herauszustellen.

Demokratie beginnt bekanntlich mit Beteiligung, daher umfasst das neue Aushängeschild des EWSA die folgenden fünf wichtigen Initiativen:

- die Tage der Zivilgesellschaft, bei denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Erwartungen in Bezug auf für unsere Demokratien zentrale Themen artikulieren können;
- den Tag der Europäischen Bürgerinitiative (EBI), das alljährliche „Rendezvous“ auf hoher Ebene für künftige EBI-Organisatoren, die ihr nächstes legislatives Ziel ins Auge fassen;
- die Jugendplenartagung „Your Europe, Your Say!“ (YEYS!), eine einzigartige Veranstaltung, die die EU jungen Menschen aus allen Mitgliedstaaten sowie aus den EU-Kandidatenländern und dem Vereinigten Königreich näher bringt;
- die Verleihung des Preises der Zivilgesellschaft, mit dem kreative und innovative gemeinnützige Projekte zur Unterstützung von Menschen mit psychischen Erkrankungen ausgezeichnet werden,
- sowie das Seminar für Journalistinnen und Journalisten aus der gesamten EU, die sich bei dieser Gelegenheit aus erster Hand über die Arbeit des EWSA informieren und dann in ihren Ländern darüber berichten können.

Unsere Woche der Zivilgesellschaft bietet der organisierten Zivilgesellschaft und den Bürgerinnen und Bürgern eine Plattform, auf der sie ihre Ansichten zu jenen Themen zum Ausdruck bringen können, die für die kommende Legislaturperiode der EU von wesentlicher Bedeutung sein werden. Besonders wichtig ist aber, dass sie die Wahlbeteiligung stärken und eine proeuropäische Einstellung fördern wird.

Die in der Woche der Zivilgesellschaft von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern erarbeiteten Beiträge fließen in eine Entschließung ein, in der im Hinblick auf die anstehenden Europawahlen die wichtigsten Botschaften der Zivilgesellschaft für ein demokratischeres Europa formuliert werden.

Ich lade Sie ein, sich uns in diesem wichtigen Vorhaben anzuschließen, zu unseren Debatten beizutragen und die Bürgerinnen und Bürger sowie die Verbände zu ermutigen, sich an den Europawahlen zu beteiligen. Lassen Sie diese Chance nicht ungenutzt verstreichen! Die EU braucht Bürgerinnen und Bürger, die das Wort ergreifen und für die Demokratie eintreten.

Laurențiu Plosceanu

Vizepräsident für Kommunikation

BITTE VORMERKEN

20. Februar 2024

[Konferenz „Wohnungskrise in Europa – wie geht es weiter?“](#)

23. Februar 2024

[Treffen Sie die Exzellenz-Champions](#)

4.–7. März 2024

[Woche der Zivilgesellschaft](#)

8. März 2024

[Seltene Krankheiten in der EU: Gemeinsame Aktion zur Zukunft der ERN](#)

14. März 2024

[Wirksamer Rechtsschutz und Zugang zur Justiz](#)

20./21. März 2024

EWSA-Plenartagung



ZUR SACHE

Unser Gastautor ist EWSA-Mitglied Pietro Vittorio Barbieri. In seinem Beitrag erläutert er, warum der zivilgesellschaftliche Dialog wichtig ist und ihm ein angemessener Platz auf der europäischen Agenda gesichert werden muss.

DER ZIVILGESELLSCHAFTLICHE DIALOG: UMSETZUNG VON ARTIKEL 11 EUV IST ÜBERFÄLLIG!

von Pietro Vittorio Barbieri

Mit der Verabschiedung einer Stellungnahme zum zivilgesellschaftlichen Dialog ist es nicht getan. Sie stellt jedoch einen wichtigen Fortschritt dar. Da die Stellungnahme auf Ersuchen des belgischen Ratsvorsitzes ausgearbeitet wurde, wird sie vielleicht ihren Weg in die Agenda der Europäischen Union finden.

Statt den Inhalt der Stellungnahme wiederzugeben, soll hier auf den Dialog als Prozess eingegangen werden. Der zivilgesellschaftliche Dialog bietet in erster Linie ein Forum, in dem Menschen ihre Anliegen und Ziele diskutieren können und sich institutionelle und nichtinstitutionelle Interessenträger auf Augenhöhe begegnen.

Die repräsentative Demokratie muss jedoch gegen illiberale Versuche, sie auszuhöhlen, verteidigt werden. Die verschiedenen Formen des Populismus sind höchst besorgniserregend, da sie den Raum für die Bürgerbeteiligung zerstören. Aus diesem Grund ist die Umsetzung von Artikel 11 des Vertrags über die Europäische Union unverzichtbar und darf nicht aufgeschoben werden. Als Artikel 11 verfasst wurde, war bereits unbestritten, dass die liberale Demokratie auf die Beteiligung von zwischengeschalteten Stellen wie Sozialpartnern und zivilgesellschaftlichen Organisationen angewiesen ist. Diese Gremien vertreten die Ansichten von Menschen wie Unternehmern, die große Unternehmen oder KMU führen, Arbeitnehmern, Fachkräften, Verbrauchern, Minderheiten wie Migranten, Menschen mit Behinderungen und Roma sowie Akteuren europäischer und internationaler Menschenrechtsverbände. „Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit gehören zu den Grundwerten, auf denen die Europäische Union (EU) beruht. Sie sind in den EU-Verträgen verankert und bilden den Kern der Identität der EU. Diese Werte sind jedoch in den letzten Jahren stark unter Druck geraten. Europa sieht sich mit beispiellosen Krisen konfrontiert, die die sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten verstärken und das Vertrauen der Unionsbürgerinnen und -bürger in die demokratischen Institutionen untergraben.“, erklärte Oliver Röpke in seiner Antrittsrede. Der zivilgesellschaftliche Dialog ist für die Bewältigung dieser Herausforderungen von entscheidender Bedeutung. In seiner Rede hob der neue Präsident hervor, dass die Türen des EWSA als EU-Institution stets offen stehen müssen, damit gehört wird, was die Menschen sagen wollen.

Die Debatte in der Studiengruppe für diese Stellungnahme darf als positives Beispiel für den zivilgesellschaftlichen Dialog gelten, da die Teilnehmer einander zuhörten und über Formulierungen, Inhalte und Ziele verhandelten.

Wir konnten uns im Hinblick auf die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Dialogs auf einige Forderungen einigen, die den europäischen Institutionen vorgelegt werden sollen. Es ging darum, eine interinstitutionelle Vereinbarung zu erzielen, die dann als Grundlage für eine Strategie und einen Aktionsplan dienen soll.

Dass das gelungen ist, ist ein Erfolg – einer der vielen Fortschritte, die der EWSA seit 1999 als Forum für den Austausch zwischen den von ihm vertretenen Akteuren erzielen konnte. Nun muss jedoch dafür gesorgt werden, dass diesem Erfolg Taten folgen, dass er Unterstützung findet und sich seinen Weg bis zur Annahme durch die Europäische Union bahnen kann.



EINE FRAGE AN ...

Für unsere Rubrik „Eine Frage an...“ haben wir EWSA-Mitglied Emilie Prouzet, Berichterstatterin für die Stellungnahme „Langfristige Wettbewerbsfähigkeit der EU: Blick über 2030 hinaus“ gefragt, was es braucht, um die Wettbewerbsfähigkeit in der EU langfristig zu sichern. Die Stellungnahme soll auf der Plenartagung im März verabschiedet werden.



EMILIE PROUZET: LANGFRISTIGE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT – BESTIMMUNG VON FAKTOREN UND AKTEUREN, UM DIE WEICHEN FÜR DIE ZUKUNFT ZU STELLEN

Die Wettbewerbsfähigkeit ist im vergangenen Jahr bei den Prioritäten der EU-Politik weiter nach oben gerückt, ihre Bedeutung für die Zukunft der Union ist nicht zu übersehen.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat der Wettbewerbsfähigkeit in ihrer jährlichen Rede zur Lage der Union im September letzten Jahres vor dem Europäischen Parlament einen zentralen Stellenwert eingeräumt. Sie versprach, alles zu unternehmen, was notwendig ist, um den Wettbewerbsvorteil Europas zu verteidigen.

Die Unternehmen in Europa haben Schwierigkeiten, qualifizierte Arbeitskräfte zu finden, und die Regulierung von Schlüsselbranchen ist hier strenger als in anderen konkurrierenden Ländern, namentlich in den Vereinigten Staaten und China. Auf der anderen Seite wird in der EU weniger in Forschung und Entwicklung investiert, und die physische und digitale Infrastruktur ist geradezu ein Hemmschuh für Handel und Wirtschaftswachstum. Diese Probleme sind wohlbekannt und Gegenstand zahlreicher Studien.

Ursula Von der Leyen hat daher den ehemaligen Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, aufgefordert, konkrete Vorschläge zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU zu machen. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen, doch werden gute Vorschläge nicht ausreichen. Es müssen auch der politische Wille und die Fähigkeit vorhanden sein, diese Vorschläge auch umzusetzen.

Die EU hat sich das Ziel gesetzt, ihre Resilienz zu stärken und ihren Einfluss in der Welt zu vergrößern. Gleichzeitig büßt sie jedoch an Wettbewerbsfähigkeit ein, ohne die dieses Ziel nicht erreicht werden kann. Der Anteil der EU an der Weltwirtschaft wird Prognosen zufolge bis 2050 kontinuierlich von fast 15 % auf nur 9 % zurückgehen.

Daher ist es unerlässlich, die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der EU zu verbessern. Zu diesem Zweck braucht die EU eine Agenda für Wettbewerbsfähigkeit, die im Einklang mit den Grundsätzen des Binnenmarkts und der sozialen Marktwirtschaft steht und zukunftsorientiert, klar definiert sowie koordiniert ist. Sie soll den Wohlstand von Unternehmen und Beschäftigten fördern und so ihre Fähigkeit zu Innovation, Investitionen und Handel sowie zum Wettbewerb auf dem globalen Markt zum Wohle der Allgemeinheit und zur Förderung des Übergangs zur Klimaneutralität verbessern. Dies ist nicht nur wichtig, um für die Zukunft Wohlstand, Innovation, Investitionen, Handel und Wachstum zu sichern, sondern auch, um hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und den Lebensstandard anzuheben.

Aus diesem Grund haben die Unternehmen in der EU klare Erwartungen an diese neue Schwerpunktsetzung und fordern eine Neuausrichtung der Wettbewerbsfähigkeit in einem breiteren, auf lange Sicht angelegten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmen.

Der EWSA hat kontinuierlich die Faktoren und Akteure analysiert, die die langfristige Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität beeinflussen und demnach in einem ganzheitlichen Ansatz berücksichtigt werden müssen. Er hat Untersuchungen zu den Ökosystemen der Wettbewerbsfähigkeit durchgeführt, um der Kommission darzulegen, welche Indikatoren sie weiter verbessern oder ergänzen sollte.

Daher scheint ein länderspezifischer Ansatz bei der Bewertung der Probleme und bei ihrer Lösung ein entscheidender Aspekt zu sein, den die Kommission in ihren beiden Mitteilungen zur langfristigen Wettbewerbsfähigkeit bislang nicht ausreichend angewendet hat.

Die Kommission hat eine Liste von 17 Leistungsindikatoren aufgestellt, die jährlich anhand der neun von ihr ermittelten Faktoren der Wettbewerbsfähigkeit zu bewerten sind. Allerdings müssen sich auch die Mitgliedstaaten uneingeschränkt danach richten, und die Kommission muss über die geeigneten Instrumente verfügen, um dies gegenüber den Ländern durchzusetzen. Das ist es, was wir fordern.

Folgende Indikatoren stehen ganz oben auf der Liste:

1. Zugang zu Finanzmitteln zu vertretbaren Kosten, aber ohne dass künftige Generationen dafür zahlen müssen.
2. Es muss mehr in öffentliche Dienstleistungen und die kritische Infrastruktur investiert werden, und diese Investitionen müssen besser gemessen werden. Diesbezüglich werden sechs Bewertungsparameter vorgeschlagen:
3. Forschung und Innovation: Entscheidend ist eine verstärkte Zusammenarbeit, öffentlich/privat, regional oder global.
4. Mit Blick auf Datennetze und Energie sind Sicherheit, Preise und Klimaneutralität die Schlüsselbegriffe.
5. In puncto Kreislaufwirtschaft muss die EU ihre Rolle nicht mehr unter Beweis stellen, allerdings muss sie auf einen fairen Wettbewerb zwischen den Wirtschaftsteilnehmern achten.
6. Der Rechtsrahmen der EU für die Digitalisierung ist ein Wegbereiter in Sachen Konnektivität, KI, Daten usw. Hier muss die EU sich der Herausforderung stellen, die menschlichen Aspekte mit den vielversprechenden Möglichkeiten der digitalen Technologie in Einklang zu bringen.
7. Die allgemeine und berufliche Bildung muss uns in die Lage versetzen, den demografischen und soziologischen Herausforderungen zu begegnen.
8. Und im Bereich strategische Autonomie und Handel schließlich ist die Abhängigkeit der EU ihre große Schwäche. Die Unternehmen müssen sich neu aufstellen, und die EU muss ihnen ein Umfeld bieten, das es ihnen ermöglicht, dieser Herausforderung zu begegnen.

Mit Blick auf den Binnenmarkt bekräftigt der EWSA mit Nachdruck, dass die Mitgliedstaaten die Regeln des gemeinschaftlichen Besitzstandes und die Grundsätze der Verträge einhalten müssen. Es geht um den Abbau von Hindernissen und echte Kontrolle. Die Mitgliedstaaten müssen den politischen Willen aufbringen, das umzusetzen, was sie in Brüssel aushandeln, und die Kommission muss in der Lage sein, ressortübergreifend zu arbeiten und über den Tellerrand zu schauen, was zu mehr Kohärenz beiträgt. Das ist es, was wir brauchen.

Wir können es nicht oft genug sagen.

In diesem Zusammenhang sollten wir uns bezüglich der Ergebnisse der Check-ups der Wettbewerbsfähigkeit auf Brüssel verlassen und regionale Industriecluster auf nationaler Ebene nutzen. Wir verfügen über die Instrumente, wir sollten sie auch nutzen.



ÜBERRASCHUNGSGAST

Unser Überraschungsgast ist diesmal die portugiesische Diplomatin und Politikerin Ana Gomes, Mitglied der Sozialistischen Partei Portugals. Sie schreibt über die Gefahr des Populismus, den Aufstieg rechtsextremer Parteien und die Notwendigkeit, sich diesen Entwicklungen entgegenzustellen und unsere Werte zu verteidigen.

In ihrer Diplomatenlaufbahn arbeitete Ana Gomes ab 1980 in zahlreichen Positionen, u. a. bei den Vereinten Nationen in Genf und New York. 1999 wurde sie Leiterin der portugiesischen Interessenvertretung und war danach bis 2003 Botschafterin Portugals in Jakarta. Dabei begleitete sie u. a. den Unabhängigkeitsprozess von Timor-Leste und war an der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Portugal und Indonesien beteiligt.

Von 2004 bis 2019 war sie Mitglied des Europäischen Parlaments und dort besonders in den Bereichen Außenbeziehungen, Menschenrechte, Sicherheit und Verteidigung, internationale Entwicklung, Gleichstellung der Geschlechter sowie Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung aktiv.

2021 trat sie bei den portugiesischen Präsidentschaftswahlen für die Sozialisten u. a. gegen den Amtsinhaber Marcelo Rebelo de Sousa an. Sie belegte den zweiten Platz und bekam mehr Stimmen als der Kandidat der rechtsextremen Partei Chega.

Ana Gomes engagiert sich weiter politisch als Aktivistin für Menschenrechte, Integrität und Transparenz im öffentlichen Leben und bei der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität. Auf dem portugiesischen Fernsehkanal SIC Notícias kommentiert sie wöchentlich das politische Geschehen in ihrer Sendung *Opinião de Ana Gomes*.



ANA GOMES: RECHTSEXTREMISMUS IN EUROPA ÜBERWINDEN – WAS SIND DIE URSACHEN, WAS MÜSSEN WIR TUN?

Europa nimmt diesen zähen Kampf nicht ernst genug und ist dadurch ins Hintertreffen geraten. Den Vormarsch der extremen Rechten zurückzudrängen, erweist sich derzeit als äußerst schwierig. Als 1945 der Nazifaschismus besiegt wurde, glaubte man, dass extremistische Bewegungen keinen Einfluss und keinen Handlungsspielraum mehr hätten. Doch das war nicht der Fall. Die extreme Rechte konnte in der Demokratie überleben und durch den Unmut und die Enttäuschung der Menschen wieder an Stärke gewinnen. 80 Jahre Toleranz und Selbstzufriedenheit der europäischen liberalen Demokratien haben ihr dabei gute Dienste geleistet. Während sie den Anschein erweckte, das demokratische Spiel mitzuspielen, hat sie niemals das Ziel aufgegeben, die Demokratie von innen zu zersetzen, sobald sie kräftemäßig dazu in der Lage ist.

Nun ist sie von diesem Ziel nicht weit entfernt: Die extreme Rechte hat sich die „nationale Souveränität“ auf die Fahne geschrieben und ist damit in verschiedenen Ländern, wie Orbans Ungarn und Ficos Slowakei, an die Regierungsmacht gelangt. In Polen war sie mit der PiS-Partei (Prawo i

Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit) bis zu den Wahlen im letzten Oktober acht Jahre lang an der Regierung.

Auch in der Europäischen Union versucht die extreme Rechte, die Demokratie zu untergraben und zum Einsturz zu bringen. Durch die Entwicklungen, die sich in den letzten 30 Jahren im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie vollzogen haben, haben sich die Möglichkeiten neonazistischer und neofaschistischer Gruppen, über digitale Plattformen und soziale Medien zu interagieren sowie auf internationaler Ebene Sichtbarkeit zu erlangen und an Einfluss zu gewinnen, vervielfacht. Sie nutzen die demokratische Meinungsfreiheit aus, um ihre fremdenfeindlichen und rassistischen Ideologien immer weiter und stärker zu verbreiten. Sie stimmen ihre Strategien ab und diskreditieren die bürgerliche Ordnung, deren Teil sie gleichzeitig selbst sind. Tatsache ist, dass die Demokratie den Bewegungen, die sie zu zerstören suchen, die äußerlichen Bedingungen bietet, die zu deren Ausbreitung und zur Durchdringung der Gesellschaft beitragen, auch in Form von staatlicher Finanzierung.

Die extreme Rechte hat für ihr Gedeihen in Europa einen fruchtbaren Nährboden gefunden, denn die neoliberale Politik und der Finanzkapitalismus, die aus den Reaganomics übernommen wurden, erwiesen sich als Zäsur für den Aufstieg und den sozialen Wohlstand der Mittelschicht, die für den europäischen Aufbauprozess und seinen Erfolg richtungsweisend sind. Der Neoliberalismus verlangte nach Deregulierung und schädigte die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, er führte zum Rückgang der Realeinkommen zugunsten des Kapitals, zu Kürzungen bei Sozialleistungen und Diensten der öffentlichen Hand und lieferte den Wohnungsmarkt Immobilienspekulanten aus. Europäische Regierungen überbieten sich schier im Verkauf goldener Visa an Kleptokraten und Oligarchen aus der ganzen Welt. In dem Maße, in dem die

Marktkrise und das Steuerdumping den Wettbewerb im Binnenmarkt verzerren, KMU in Brüssel und Frankfurt kaum Unterstützung finden und Beschäftigungsschutz und Kaufkraft nachgelassen haben, ist das Lager der Unzufriedenen in Europa in den letzten 15 Jahren gewachsen.

Es ist ein tragischer Fehler der Politik, der für den kontinuierlichen Rückgang der Wahlbeteiligung bei Europawahlen und das Erstarken der extremen Rechten im Europäischen Parlament verantwortlich ist. Das Wiederaufleben der Ideologie des Nazifaschismus ist ein Ergebnis der in Europa verfolgten Sparpolitik. Sie hat zwar das Finanzsystem geschützt, sich aber nicht um wirtschaftliche und steuerliche Gerechtigkeit geschert und die Probleme, Wünsche und Erwartungen der Bürger ignoriert. Die alte Propaganda rassistischer und identitärer Ideologien, die im Hintergrund stets auf eine Chance lauert, um das Rad der Geschichte zurückzudrehen, hat durch diese Politik neuen Auftrieb erhalten. Das Schüren kulturellen und religiösen Hasses ist heute allgegenwärtig: auf Bildschirmen, in sozialen Medien und in Gestalt von Desinformation, die sich im Minutentakt verbreitet. Unter Bürgern Angst und Unsicherheit zu erzeugen, eine Islamisierung, das Ende der weißen Vorherrschaft oder der jüdisch-christlichen Identität heraufzubeschwören und die Roma dafür zu verunglimpfen, von Sozialleistungen zu leben, sind Strategien, deren sich aufstrebende autoritäre Diktatoren oder Anführer seit jeher bedient haben.

Obwohl das alternde Europa dringend darauf angewiesen ist, einen Teil seiner Arbeitskräfte zu importieren, um wirtschaftlich bestehen und wachsen zu können, lassen es europäische Regierungen heute zu, dass von einer „Zuwanderungsgefahr“ gesprochen wird. Dass die Zahl der Flüchtlinge und Migranten, die heute in die EU kommen, niedrig ist und sogar hinter dem Bedarf zurückbleibt, der in Europa angesichts der Bevölkerungsstruktur und des Arbeitskräftemangels besteht, wird außer Acht gelassen. Trotz alledem setzt sich die fremdenfeindliche und rassistische Rhetorik fort, und das in einem Europa, das nach wie vor über keinen sicheren und leistungsfähigen Rechtsrahmen für die Aufnahme und die Integration von Migranten verfügt und so weiter mit dafür sorgt, dass die Mafia der Menschenhändler ihr Auskommen hat. Für den Wiederaufbau Europas nach dem Krieg und den Aufbau der EU waren Gastarbeiter von wesentlicher Bedeutung. Der Beitrag, den Migranten leisten, wird auch in den nächsten Jahrzehnten für den Erfolg Europas unverzichtbar bleiben. Der extremen Rechten ist das durchaus bewusst: Viele ihrer Geldgeber sind in ihren Geschäftsfeldern und Unternehmen auf Migranten angewiesen.

Sie wird jedoch weiterhin ihr Spiel treiben und Angst schüren und Einstellungen manipulieren, und es ist auch kein Ende der Selbstzufriedenheit in Sicht, in der schwache, unentschlossene nationale und europäische Entscheidungsträger verharren, statt eine strategische Vision für unsere Werte und Grundsätze zu entwickeln. Wahre Demokraten und Europäer kennen nur eine Antwort: Es gilt, für unsere Werte zu kämpfen, für Demokratie, Freiheit, Würde und Frieden in Europa!



ZWEI JAHRE KRIEG IN DER UKRAINE

Wir haben Tetjana Oharkowa, eine in Kiew lebende ukrainische Journalistin, um ein Foto gebeten, das die Ukraine heute, zwei Jahre nach der Invasion Russlands am 24. Februar 2022, symbolisiert. Das Bild machte sie, als sie durch die Ukraine reiste, um die ukrainischen Truppen zu unterstützen. Hier ist das Foto, das Frau Oharkowa unseren Leserinnen und Lesern zeigen möchte, und die damit verbundene Geschichte.

Tetjana Oharkowa hat einen Dokortitel in Philologie der Universität Paris XII Val-de-Marne und arbeitet als Dozentin an der Nationalen Universität Kiew-Mohyla-Akademie. Sie ist Journalistin und leitet die Abteilung International Outreach des Ukraine Crisis Media Center. Sie lebt in Kiew.



© TETYANA OGARKOVA

ES WAR EINMAL EIN HAUS...

Ein zerstörtes Haus in Vremivka, einem Dorf bei Nova Novosilka, dem Brennpunkt der ukrainischen Gegenoffensive vom Sommer 2023

Diese Dörfer in der ukrainischen Steppe, am Schnittpunkt dreier Regionen (Donetsk, Dnipro und Saporischschja) und fernab der großen Städte, wurden seit dem 18. Jahrhundert von von der Krim vertriebenen Griechen bewohnt. Sie haben sich 2022 gegen die russischen Offensive gestellt und wurden dabei von der feindlichen Artillerie vollständig zerstört. Hier, in diesem strategisch wichtigen Gebiet, das der Schlüssel zur Befreiung des Asowschen Meeres sein könnte, hält die Ukraine heute, zwei Jahre nach der russischen Invasion, stand.

EUROPAWAHL, 6.–9. JUNI 2024: „ICH GEHE WÄHLEN. DU AUCH?“

In unserer neuen, bis Juni 2024 durchgehend erscheinenden Rubrik „Ich gehe wählen. Du auch?“ widmen sich unsere Gäste der Frage, wie die Europawahl abläuft und warum man daran teilnehmen sollte. Unser heutiger Gast heißt Andrej Matisák, er ist der stellvertretende Leiter des Auslandsressorts der größten slowakischen Tageszeitung *Pravda*.





SLOWAXIT? KOMMT NICHT INFRAGE! ODER VIELLEICHT DOCH?

von Andrej Matišák

Willkommen in der Slowakei! Willkommen im Land der Rekorde!

Damit sind jetzt nicht die außergewöhnlich zahlreichen Schlösser, vornehmen Heilbäder oder schönen Berge gemeint. Nein, ich spreche von den politischen Rekorden der Slowakei. Und da zeichnen wir uns leider durch Negativrekorde aus.

2004 durften die Slowakinnen und Slowaken zum ersten Mal an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen. Seitdem verzeichnet die Slowakei stets die niedrigste Wahlbeteiligung. Immer.

2014 lag die Wahlbeteiligung bei nur 13,05 %. Weil ich damals fest davon ausgegangen war, dass die Wahlbeteiligung unter 15 % liegen würde, war ich kurz davor, einen Kredit aufzunehmen und eine Partei zu gründen. Rückblickend denke ich immer noch, dass ich damals gute Chancen gehabt hätte, ins Europäische Parlament gewählt zu werden.

Aber im Ernst: Es stellt sich die Frage, wie die Europäische Union heute in der Slowakei wahrgenommen wird. Als gut gefülltes Sparschwein, das man nach Belieben leeren kann? Selbst wenn das so wäre, gäbe es immer noch das Problem, dass die Slowakei die EU-Mittel nicht einmal wirksam einzusetzen weiß. Auch in diesem Bereich weisen wir einen Negativrekord auf.

Die Ansicht, dass alles Schlechte aus „Brüssel“ kommt, ist weit verbreitet. So wie wohl überall. Die slowakischen Politiker sind jedoch perfekt darin, Brüssel zum Sündenbock zu machen: Erfolge sind immer ihre eigenen Erfolge. Misserfolge oder schlechte Nachrichten werden hingegen immer „Brüssel“ angekreidet, und nur sehr wenige Politiker widersetzen sich

diesem Reflex.

Doch auch die Medien sind schuld an dieser Misere, denn ihre Berichterstattung über EU-Themen ist oft sehr oberflächlich. Journalisten halten EU-Angelegenheiten für eher langweilig und berichten nicht gern darüber. Was dazu führt, dass sie wenn in erster Linie über Probleme berichten, egal, ob diese echt oder erfunden sind.

Auch zur slowakischen Wirtschaft ließe sich einiges sagen. Von slowakischen Unternehmerinnen und Unternehmern hört man in der Öffentlichkeit nur sehr selten ein lobendes Wort über die Vorteile der EU. Auch sie beschwerten sich lieber über Vorgaben und Verordnungen aus Brüssel.

All dies hat zusammengekommen dazu geführt, dass die Slowaken laut Umfragen zunehmend euroskeptisch eingestellt sind. Wenn dann noch Desinformation – etwa die aus Russland – hinzukommt, die die amtierende Regierung auch gerne mal zu ihren Zwecken einsetzt, führt dies zu einem explosiven Cocktail aus Desinteresse und Wut.

Nein, noch kommt ein Slowaxit nicht infrage. Aber vielleicht wird es dazu kommen, wenn die Slowakei irgendwann einmal kein Nettoempfänger von EU-Mitteln mehr ist.

Wenn wir ein düsteres Zukunftsszenario vermeiden wollen, müssen die politischen Entscheidungsträger in der Slowakei endlich anerkennen, dass die Slowakei die EU braucht, damit das Land funktioniert. Und sie müssen sich entsprechend verhalten. Leider ist bereits abzusehen, dass ein großer Teil der slowakischen Spitzenpolitiker einen Streit mit der EU anzetteln würde, nur um ihre Pfründe zu bewahren.

Für alle Wählerinnen und Wähler, denen die EU am Herzen liegt, heißt das, dass sie ihren Angehörigen, Freunden und auch Unbekannten die Bedeutung der EU vor Augen führen müssen. Das klingt nach viel, und man kann nicht sicher sein, dass es etwas bringt. Sicher ist jedoch, dass alles andere nur schlechter sein kann.

EWSA



Der belgische EU-Ratsvorsitz bittet den EWSA um Unterstützung bei seinen wichtigsten Prioritäten

Wettbewerbsfähigkeit, KMU und soziale Inklusion stehen im Zentrum des Programms des belgischen Ratsvorsitzes. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) unterbreitet politische Empfehlungen zum Verhältnis zwischen wirtschaftspolitischer Steuerung, langfristigem integrativem Wachstum und nachhaltiger Sicherheit sowie zum Einfluss der Sozialwirtschaft bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Im ersten Halbjahr 2024 hat Belgien zum 13. Mal den Vorsitz im Rat der Europäischen Union inne. Die Prioritäten dieses Vorsitzes wurden in zwei Debatten auf der Januar-Plenartagung des EWSA erörtert.

EWSA-Präsident **Oliver Röpke** begrüßte es, dass der Ratsvorsitz die Sozialpartner in seine Arbeit einbezieht. Der belgische Vorsitz schließt den institutionellen Zyklus der EU, weshalb dem Land die Aufgabe zukommt, legislative Kompromisse zu gestalten und dem Rat der EU während des Wahlkampfes und der Wahlen zum Europäischen Parlament Orientierungshilfe zu gewähren.

Der stellvertretende belgische Ministerpräsident **David Clarinval** hat die Ansichten des Ratsvorsitzes zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, zum Schutz der Selbständigen und zur Industriepolitik der EU erläutert. Der Ratsvorsitz hat den EWSA um die Erarbeitung von 13 Sondierungsstellungnahmen ersucht, die

in die Beratungen über die Strategische Agenda 2024-29 einfließen sollen. Der Schwerpunkt einer interinstitutionellen Erklärung im April wird auf der künftigen Sozialagenda der EU liegen. Zu den Prioritäten des Ratsvorsitzes gehören ein grüner und ein sozialer Wandel zur Bewältigung der Klima- und der Biodiversitätskrise. Der Fokus auf einer fairen Arbeitskräftemobilität und einem nachhaltigen Sozialschutz steht auch im Mittelpunkt des Dialogs des EWSA mit den Sozialpartnern. Weitere Schlüsselbereiche sind die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit, die Unterstützung der KMU und die Förderung einer ausgewogenen Handelspolitik für ein globales Europa. (tk)



Zukunft der europäischen Landwirtschaft: EWSA fordert Resilienz und Nachhaltigkeit

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat eine Vision für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2027 entwickelt, um Resilienz und Nachhaltigkeit in der europäischen Landwirtschaft sicherzustellen. Auf Ersuchen des belgischen EU-Ratsvorsitzes erarbeitete der EWSA eine [Stellungnahme](#), die im Januar verabschiedet wurde. Darin hob er die Notwendigkeit eines stabilen und langfristigen politischen Rahmens zur Förderung der nachhaltigen Lebensmittelerzeugung, der offenen strategischen Autonomie und der Entwicklung des ländlichen Raums hervor.

In der EU sind 94,8 % der landwirtschaftlichen Betriebe Familienbetriebe. Die Familienlandwirtschaft ringt mit vielen Problemen – niedrige Einkommen, Hofsterben, schwieriger Generationswechsel und ein erheblicher Abgang von Arbeitskräften. Trotz des sinkenden Anteils der GAP-Mittel am EU-Haushalt (weniger als 25 % im Jahr 2021) fordert der EWSA eine Finanzierung für die GAP, die ihren Nachhaltigkeitszielen gerecht wird. Der EWSA empfiehlt, von der Einkommensgrundstützung zu finanziellen Anreizen für ökologische und soziale Dienstleistungen überzugehen und kleinen Familienbetrieben in der Übergangszeit Flexibilität zu gewähren.

Die Sorgen der EU-Landwirte um einen fairen Lebensstandard – noch verschärft durch die Inflation, volatile Energiemärkte und den Klimawandel – sind Zeichen der Reformbedürftigkeit der GAP. Der EWSA spricht sich dafür aus, diese Herausforderungen in der GAP nach 2027 anzugehen; sie sollte auf gute Arbeitsbedingungen, die Förderung einer gesünderen Ernährung, die Verringerung der Lebensmittelverschwendung und die Regulierung der Lebensmittelmärkte ausgerichtet werden. Außerdem werden antizyklische Komponenten und die Förderung der Erzeugung erneuerbarer Energien vorgeschlagen, um die Auswirkungen des Energiepreisanstiegs und der Versorgungsunterbrechungen abzumildern. Es sollte Versicherungssysteme im Rahmen öffentlich-privater Partnerschaften und Investitionen in Innovation und digitale Technologien geben, um den Klimaextremen zu begegnen und die Handlungsfähigkeit der Landwirte zu stärken.

Mit Blick auf die Europawahl 2024 betont der EWSA, dass die GAP so gestaltet werden muss, dass sie den sich wandelnden Erfordernissen in Gesellschaft und Landwirtschaft gewachsen ist. Er betont, dass es bei der Gestaltung und Anpassung der Strategiepläne unbedingt eine Einbeziehung der Interessenträger, Flexibilität für die Mitgliedstaaten und eine Vereinfachung der Verwaltungsverfahren geben muss. Die GAP, die sich der EWSA vorstellt, muss letztlich durch ein Gleichgewicht zwischen Ernährungssicherheit, Umweltschutz und Wohlergehen der europäischen Landwirte angesichts der globalen Herausforderungen gekennzeichnet sein.(ks)



EU muss Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit beschleunigen

Europa fällt bei der Wettbewerbsfähigkeit zurück und muss dringend die Schwächen seines Binnenmarkts beheben, dabei jedoch auch den Nutzen für Unternehmen sowie die europäischen Bürgerinnen und Bürger im Auge behalten.

Auf der Plenartagung des EWSA im Januar fand eine Debatte über die **Wettbewerbsfähigkeit Europas und die Zukunft des Binnenmarkts** statt. Im Zentrum dieser Debatte stand eine [Stellungnahme](#) des EWSA auf Ersuchen des **belgischen Ratsvorsitzes** der EU, der sich verpflichtet hat, den Schwerpunkt während seiner sechsmonatigen Amtszeit auf die Wettbewerbsfähigkeit und den Binnenmarkt zu legen. Die Stellungnahme wird auch in den auf **hoher Ebene erstellten Bericht von Enrico Letta über die Zukunft des Binnenmarkts** einfließen, der dem Europäischen Rat im März vorgelegt

werden soll.

In der Stellungnahme betont der EWSA, dass der Binnenmarkt den Herausforderungen einer Welt gewachsen sein muss, die sich seit seiner Schaffung in den 1990er Jahren völlig verändert hat. Die EU steht daher vor zahlreichen Belastungsproben: Sie muss gleiche Wettbewerbsbedingungen gewährleisten und ihre Industrie subventionieren, um zur Finanzierung des ökologischen Wandels beizutragen, sie muss Arbeitsplätze in Europa erhalten und für die weitere Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen sorgen, sie muss sowohl Rohstoffe sichern als auch Arbeits- und Umweltstandards einhalten.

Berichterstatteerin **Sandra Parthie** sagte: „Der Binnenmarkt hat dazu beigetragen, die EU zu einem der mächtigsten Handelsblöcke weltweit zu machen – diese machtvolle Stellung geht jedoch zunehmend verloren. Wir schlagen in unserer Stellungnahme vor, sich auf die Gestaltung einer europäischen Industriepolitik zu konzentrieren, bei der nicht einfach die nationale Industriepolitik von 27 Mitgliedstaaten zusammengefasst wird, sondern die das industrielle Potenzial der EU aus wirklich europäischer Sicht abbildet.“

Markus Beyrer, Generaldirektor von Business Europe, erklärte: „Wir haben ein Problem bei der Wettbewerbsfähigkeit. Wir liegen hinter unseren internationalen Konkurrenten zurück; der Binnenmarkt

gehört zu den Instrumenten, mit denen wir hier Abhilfe schaffen können. Ziel ist es, den nötigen Spielraum zu schaffen, um das europäische Modell, wie wir es kennen, mitsamt den sozialen Aspekten zu bewahren.“

Ludovic Voet, Bundessekretär des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB), betonte, dass der europäische Sozialvertrag die Grundlage des Binnenmarkts ist und gestärkt werden muss. Er erläuterte: „In unserem wettbewerbsorientierten System müssen Unternehmen gerechte Löhne zahlen, gute Arbeitsplätze bieten und Umweltschäden verhindern. Europa muss die Dynamik für einen gerechten grünen Wandel aufrechterhalten.“

In der Stellungnahme des EWSA wird vorgeschlagen, in der nächsten Kommission ein Kommissionsmitglied für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) zu ernennen, das für einen Fünfjahresplan zur Entwicklung sicherer, hochwertiger und nachhaltiger DAWI zuständig ist. Diese machen 25 % des BIP der EU und 20 % aller Arbeitsplätze aus und bestehen in wichtigen Branchen wie Verkehr, Energie, Kommunikation, Zugang zu Wasser und Sanitärversorgung. Sie haben jedoch auch im Gesundheitswesen und im Bereich der sozialen Dienstleistungen große Bedeutung. (dm)



EU muss Energieinfrastruktur zwischen benachbarten Mitgliedstaaten besser miteinander vernetzen

Grenzüberschreitende Energieflüsse sind für die Versorgung der EU-Mitgliedstaaten mit Strom und Gas von entscheidender Bedeutung. Die Energieinfrastruktur muss deshalb durch Verbindungsleitungen zwischen benachbarten Ländern ausgebaut werden, um die Kapazität der Union für nachhaltige Energie zu erhöhen.

Mit seiner [Stellungnahme](#), die auf Ersuchen des belgischen EU-Ratsvorsitzes erarbeitet und auf der Plenartagung am 18. Januar 2024 verabschiedet wurde, sendet der EWSA eine klare Botschaft zu diesem Thema.

Die EU sollte dem Netzausbau besondere Aufmerksamkeit schenken, und es müssen erhebliche Investitionen getätigt werden, um die europäische Wirtschaft anzukurbeln und hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen, die der Umwelt nicht schaden.

„Wir im EWSA sind der Auffassung, dass strukturelle Veränderungen unseres Energiesystems für die Verwirklichung des ökologischen Wandels und der strategischen Energieautonomie entscheidend sind“, erklärte EWSA-Präsident **Oliver Röpke** in der Debatte vor der Verabschiedung der Stellungnahme.

Die belgische Energieministerin **Tinne Van der Straeten** betonte, dass die Umstellung auf saubere Energie, die aus der Notwendigkeit des Klimaschutzes herrührt, jetzt ein wirtschaftliches und sicherheitspolitisches Gebot ist und dass mit dem Energieverbund ein flexibleres System geschaffen wird,

mit dem geografische Unterschiede bei der Gewinnung von Wind- und Solarenergie ausgeglichen werden können.

„Die Ziele Europas im Bereich der erneuerbaren Energien gehen derzeit über die konkreten Pläne für die Infrastruktur hinaus, deshalb brauchen wir diese transeuropäischen Infrastrukturen sehr bald. Und sie müssen kosteneffizient, sicher, nachhaltig und flexibel sein“, erklärte sie. (mp)



EWSA fordert Zusammenarbeit bei der Einführung der hauptsitzbasierten Besteuerung

Um das Wachstum von Kleinunternehmen in der EU zu fördern, unterstützt der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) die von der Kommission vorgeschlagene Einführung eines hauptsitzbasierten Steuersystems (HOT). In seiner Stellungnahme spricht sich der EWSA für zusätzliche Maßnahmen aus und betont die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen der Kommission, den Mitgliedstaaten und den Vertretern von Kleinst-, Klein- und mittleren Unternehmen (KKMU) im Hinblick auf eine wirksame Umsetzung und Propagierung.

Die allermeisten Unternehmen außerhalb des Finanzsektors in der EU sind KMU (99,8 %). Ihr Beitrag zur Beschäftigung (66,6 %) und zur Wertschöpfung (56,8 %) ist erheblich. Der Vorschlag der Kommission zu

einem hauptsitzbasierten Steuersystem (HOT), der Teil des umfassenderen KMU-Entlastungspakets ist, zielt darauf ab, den Regelungsaufwand zu verringern und die Steuerverfahren für diese Unternehmen zu vereinfachen. Der EWSA betont, dass der HOT-Vorschlag, der sich an eigenständige, grenzüberschreitend tätige KMU richtet, dringend angenommen werden muss, um Wachstumsbremsen für KKMU zu lösen. Die vorgeschlagene Vereinfachung steht im Einklang mit dem Ziel des EWSA, ein günstiges Umfeld für ein langfristiges BIP- und Beschäftigungswachstum zu schaffen.

Der EWSA begrüßt den Schwerpunkt auf eigenständigen KKMU, regt jedoch an, im Rahmen einer Ex-post-Bewertung nach fünf Jahren über eine etwaige Ausweitung von HOT auf Tochterunternehmen nachzudenken und so die Inklusivität zu verbessern. Der EWSA begrüßt HOT als eine Ergänzung zum BEFIT-Vorschlag, betont jedoch, dass unbedingt darauf zu achten ist, dass der Rechtsrahmen keine Unstimmigkeiten enthält. Die Kooperation der einzelstaatlichen Steuerbehörden ist für den Erfolg von HOT entscheidend. Der EWSA fordert Zusammenarbeit, um die ordnungsgemäße Umsetzung zu gewährleisten. Er appelliert nachdrücklich an die Mitgliedstaaten, ihre IT-Systeme so schnell wie möglich anzupassen und bei den KKMU für das System zu werben. (tk)



Einhaltung von Klimaschutzverpflichtungen fördert Frieden und Sicherheit

Auf seiner Januar-Plenartagung befasste sich der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) mit den Auswirkungen von Klimawandel und Umweltzerstörung auf Frieden, Sicherheit und Verteidigung. Aus Sicht des EWSA muss dringend in die Entwicklung resilienter Lösungen für globale Herausforderungen in diesem Bereich investiert werden.

Da der zentrale Auftrag des europäischen Projekts die Förderung und Erhaltung des Friedens ist, muss Europa seine Bemühungen um Friedenskonsolidierung verstärken.

In seiner [Stellungnahme](#) betont der EWSA, dass die Förderung des Friedens untrennbar mit der Wahrung und Förderung der Grundrechte sowie der Demokratie verbunden ist. Nach Ansicht des EWSA sollte der

Klima-Sicherheits-Nexus daher beim auswärtigen Handeln der EU unbedingt weiter berücksichtigt werden, indem proaktive Schnittstellen zwischen den Einrichtungen, die für die Außenbeziehungen, den inneren Zusammenhalt der EU und die Sicherheits- und Verteidigungsdienste der Mitgliedstaaten zuständig sind, geschaffen werden. Der Begriff „Klima-Sicherheits-Nexus“ bezieht sich auf die Auswirkungen des Klimawandels und der Umweltzerstörung auf Frieden, Sicherheit und Verteidigung.

Özlem Yildirim, EWSA-Mitglied und Berichterstatterin für die Stellungnahme, erklärte: „Der EWSA schlägt auch konkrete Maßnahmen für ein vorausschauendes und effizientes Handeln vor, insbesondere durch Investitionen in resiliente Lösungen, die Vorbereitung der Entscheidungsprozesse auf künftige Spannungen und vor allem die Entwicklung einer echten EU-Strategie in diesem Bereich. Die rasche und wirksame Einhaltung der Klimaschutzverpflichtungen durch alle Parteien ist auch ein wichtiger präventiver Hebel.“

Die Europäische Kommission geht in ihrem Vorschlag zwar auf die Problematik „Klima und Sicherheit“ ein, allerdings gelingt es nach Auffassung des EWSA kaum, den geografischen, politischen und militärischen Rahmen dieser Problematik abzustecken, da nicht deutlich wird, dass hier Veränderungen stattfinden und sich die Lage rasch und kontinuierlich verschlechtert, was zu erheblichen Spannungen zwischen den Mitgliedstaaten führen kann. Die Herausforderungen im Zusammenhang mit Klima und Sicherheit sollten im Rahmen eines ständigen Dialogs zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten behandelt werden. (at)



Wasser als Chance für Europa: Der europäische Blaue Deal rückt vor der Europawahl stärker in den Blickpunkt

Die Forderung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses nach einem europäischen Blauen Deal stößt auf immer mehr Zuspruch von politischen Entscheidungsträgern und der Zivilgesellschaft. Das Thema rückt stärker in den Blickpunkt, da zunehmend anerkannt wird, dass die Wasserknappheit dringend angegangen werden muss und der Blaue Deal hierbei eine umfassende Lösung bieten kann.

Bei einer jüngsten Veranstaltung im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) kamen wichtige Interessenträger zusammen, um den Blauen Deal und seinen möglichen Beitrag zur Umgestaltung der Wasserbewirtschaftung in Europa zu erörtern, insbesondere mit Blick auf Flusseinzugsgebiete.

„Wir stehen vor einer Wasserkrise von beispiellosem Ausmaß“, mahnte EWSA-Präsident **Oliver Röpke**. Er verwies auf die anstehende Europawahl im Juni und erklärte, dass das Thema Wasser jeden Einzelnen betreffe. „Wie werden die Politiker in der EU das Wasserproblem und die künftigen Herausforderungen angehen? Es ist an der Zeit, diese Fragen zu stellen.“

Pernille Weiss, MdEP, bekräftigte die Forderung nach einer umfassenden Lösung und sprach sich für einen speziellen Fonds für einen blauen Übergang aus, um Unternehmen und Bevölkerung bei der Umstellung auf eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung zu unterstützen. Der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen, **Pedro Arrojo Agudo**, betonte, dass Wasserknappheit und Klimawandel keine Grenzen kennen, und forderte die EU auf, bei der Suche nach einer globalen Lösung der Wasserkrise voranzugehen.

Die Forderung des EWSA nach einem europäischen Blauen Deal wird von einer Vielzahl von Interessenträgern mitgetragen, darunter der Compagnie Nationale du Rhône (CNR), einem französischen öffentlichen Unternehmen, das die Wasserkraft der Rhône nutzt. Der für Wasserressourcen zuständige Direktor von CNR, **Eric Divet**, berichtete über die Erfolgsbilanz des Unternehmens im Bereich der nachhaltigen Wasserbewirtschaftung sowie über die Bemühungen um die Wiederherstellung von Feuchtgebieten, die Verbesserung der biologischen Vielfalt des Flusses und die Anpassung an den Klimawandel.

Die Europäische Kommission wird ihre Initiative zur Wasserresilienz voraussichtlich in den kommenden Monaten vorlegen. Der EWSA will mit den EU-Organen und Interessenträgern zusammenarbeiten, damit seine Vorschläge für einen europäischen Blauen Deal in die Prioritäten der nächsten Europäischen Kommission aufgenommen werden. (gb)



Wissenschaftler und Zivilgesellschaft fordern zehn entschlossene Maßnahmen zur Vermeidung unumkehrbarer ökologischer und sozialer Kipppunkte

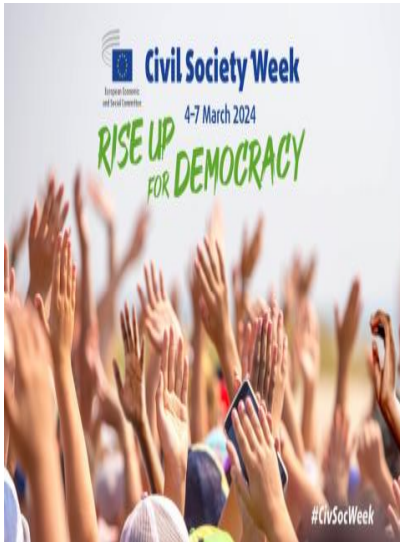
Aus dem [5. Bericht über nachhaltige Entwicklung in Europa \(ESDR\)](#) geht hervor, dass die EU beim derzeitigen Entwicklungstempo ein Drittel der Nachhaltigkeitsziele nicht bis 2030 erreichen wird. In dem gemeinsam mit der Zivilgesellschaft erstellten Bericht wird darauf hingewiesen, dass die Fortschritte bei den ökologischen und sozialen Zielen in vielen europäischen Ländern stagnieren oder rückläufig sind. Durch die seit 2020 aufgetretenen Krisen hat sich die Lage weiter verschärft. Zu den Nachhaltigkeitszielen gehören u. a. die Verringerung von Armut, die Beseitigung des Hungers, Gesundheit, Bildung, Geschlechtergleichstellung, Klimaschutzmaßnahmen und

sauberes Wasser.

Als Reaktion auf diese Situation wurden zehn entschlossene Maßnahmen zur Vermeidung unumkehrbarer ökologischer und sozialer Kipppunkte vorgeschlagen. Die Dringlichkeit wurde bei einer gemeinsam von der Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt (NAT) des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) und dem Lösungsnetzwerk der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (SDSN) organisierten Veranstaltung hervorgehoben. Der Bericht soll der EU als Richtschnur dafür dienen, mit Blick auf die Europawahlen im Juni 2024 und den vom UN-Generalsekretär für September 2024 einberufenen Zukunftsgipfel ihre Führungsrolle bei den Nachhaltigkeitszielen auszubauen.

Die Redner auf der Veranstaltung betonten, dass noch vor 2030 sofortiges Handeln erforderlich ist, um unumkehrbare ökologische und soziale Kipppunkte zu vermeiden. **Camilla Brückner**, Vertreterin des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), **Zakia Khattabi**, belgische Klimaministerin, und **Petra Petan** von der Europäischen Kommission machten deutlich, dass unbedingt an der Agenda 2030 und dem Übereinkommen von Paris festgehalten werden muss.

Der Bericht und die zehn an die politischen Parteien, das nächste Europäische Parlament, die neue Europäische Kommission, den Europäischen Rat und die Mitgliedstaaten gerichteten Prioritäten wurden von **Guillaume Lafortune**, Vizepräsident des Lösungsnetzwerks für nachhaltige Entwicklung (SDSN), erläutert. In dem gemeinsam von EWSA und SDSN unterzeichneten Handlungsaufruf werden die Führungsspitzen der EU aufgefordert, gemeinsam auf einen grünen, sozialen und global ausgerichteten europäischen Deal für die Zukunft hinzuwirken. **Peter Schmidt**, Vorsitzender der Fachgruppe NAT des EWSA, betonte, dass die nächsten sechs Jahre entscheidend sein werden, um die Agenda 2030 voranzubringen. Der EWSA werde die EU-Institutionen weiterhin drängen, die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele in Angriff zu nehmen und die Zivilgesellschaft dabei sinnvoll einzubeziehen. Der Handlungsaufruf soll den europäischen Führungsspitzen als Orientierungshilfe den Weg zu einem umfassenden europäischen Deal weisen, der im Einklang mit den vom EWSA vertretenen grünen und sozialen Zielen steht. (ks)



© EU/EESC

#CivSocWeek vom 4. bis 7. März

Mit Blick auf die Europawahlen im Juni 2024, bei der die Weichen für die Zukunft Europas gestellt werden, organisiert der EWSA als institutioneller Partner der Zivilgesellschaft seine erste **Woche der Zivilgesellschaft** unter dem Motto „**Rise up for Democracy!**“ („Für Demokratie einstehen!“).

Sind Sie dabei?

Menschen aller Altersgruppen und mit unterschiedlichem Hintergrund, darunter junge Menschen, Journalistinnen und Journalisten sowie Vertreterinnen und Vertreter der EU-Institutionen, werden zusammenkommen und in einer lebhaften Debatte über Themen beraten, die sowohl für unseren Alltag als auch für die Zukunft Europas wichtig sind. Wir werden die verschiedenen Bedrohungen und Herausforderungen

für die demokratischen Werte erörtern. Außerdem wollen wir herausfinden, was die Zivilgesellschaft von den künftigen europäischen Führungsspitzen erwartet. Unsere Vorschläge werden dann in die Entschließung des EWSA zur Europawahl und konkrete politische Vorschläge einfließen.

#CivSocWeek bringt fünf große Initiativen zusammen:

- die Tage der Zivilgesellschaft, eine jährliche Spitzenveranstaltung, bei der die große Bandbreite an Beiträgen der organisierten Zivilgesellschaft zur Schaffung einer EU herausgestellt wird, die stärker auf die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf für unsere Demokratie entscheidende Fragen eingeht und damit auch eine stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft in das europäische Projekt auf allen Ebenen fördert;
- den [Tag der Europäischen Bürgerinitiative](#), eine hochrangige jährliche Konferenz, die ein Forum bietet, auf dem Organisatoren und Interessenträger registrierter und künftiger Bürgerinitiativen Informationen und Erfahrungen austauschen sowie ihre EBI und entsprechende Aktivitäten der Öffentlichkeit vorstellen können;
- „[Your Europe, Your Say!](#)“ (YEYS), eine Jugendveranstaltung, die junge Menschen aus den Mitgliedstaaten, den Kandidatenländern und dem Vereinigten Königreich im Austausch über EU-Themen zusammenbringt und sie anregen soll, ihr Wahlrecht auszuüben. Im Rahmen dynamischer Konsultationssitzungen diskutieren die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer und erarbeiten gemeinsame Positionen;
- den [Preis der Zivilgesellschaft](#), der jährlich vergeben wird und mit dem wirksame, innovative und kreative Projekte ausgezeichnet werden, die von der Zivilgesellschaft und von Einzelpersonen durchgeführt werden. In diesem Jahr geht der Preis an Initiativen zur Förderung des psychischen Wohlbefindens in Europa auf individueller oder kollektiver Basis;
- das [Medienseminar](#) für Journalistinnen und Journalisten aus den Mitgliedstaaten, die zusammenkommen, um den Zustand der Demokratie in der Union und die bevorstehende Europawahl zu erörtern und den EWSA hautnah in Aktion zu erleben.

Machen Sie mit und lassen Sie sich von unseren Workshops mit Expertinnen und Experten und hochrangigen politischen Debatten inspirieren. Teilen Sie Ihre Meinung zu zentralen Themen für die neue Legislaturperiode mit und treten Sie mit Organisationen der Zivilgesellschaft und Akteuren des Wandels aus ganz Europa in Kontakt!

Besuchen Sie die Website [#CivSocWeek](#) und machen Sie Werbung für die Woche der Zivilgesellschaft!

AKTUELLES AUS DEN GRUPPEN



EU-Binnenmarkt: die nächste Generation

von der Gruppe Arbeitgeber

Seit Bestehen des europäischen Binnenmarkts können die Unternehmen ihre Produkte dank der Harmonisierung und gegenseitigen Anerkennung von Normen auf einem Markt mit über 450 Millionen Menschen verkaufen. Der Binnenmarkt macht 61 % des unionsinternen Handels der Unternehmen aus und bildet die Grundlage für den wirtschaftlichen Wohlstand Europas. Auf diese Weise kommt er den Bürgern, Verbrauchern, Arbeitnehmern und Unternehmen zugute. Die Europäische Kommission schätzt, dass 25 % des Bruttoinlandsprodukts der EU auf dem Binnenmarkt erwirtschaftet werden.

Neue Entwicklungen wie der digitale Wandel und der Übergang zu einer nachhaltigeren Wirtschaft mit geringerer CO₂-Intensität erfordern jedoch neue Anpassungen. Gleiches gilt für die sich wandelnden Bedürfnisse von Verbrauchern, Arbeitnehmern und Unternehmen sowie neue geopolitische Verhältnisse.

Die erfolgreiche Fortführung des Binnenmarkts setzt Verbesserungen in mehreren Bereichen voraus: Erforderlich sind u. a. eine europäische Energie- und Industriepolitik, eine Energieunion, eine Bankenunion, günstigere Rahmenbedingungen für große und kleine Unternehmen sowie eine stärkere öffentliche Unterstützung für das europäische Projekt, effizientere öffentliche Dienstleistungen und eine bessere Infrastruktur für IT, Energie und Verkehr.

Auf der Grundlage zweier wegweisender Berichte der ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Enrico Letta (über die Zukunft des Binnenmarkts) und Mario Draghi (über die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit), die im ersten Halbjahr 2024 vorgelegt werden sollen, hat die Gruppe Arbeitgeber des EWSA ihre Kernaussagen für eine erfolgreiche Zukunft des EU-Binnenmarkts in ihrem Themenblatt: „*EU Single Market – The next generation*“ zusammengefasst.

Die neue Veröffentlichung ist hier abrufbar: <https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/publications-other-work/publications/marche-unique-de-lue-la-prochaine-generation>



Unsere Prioritäten für den sozialen Fortschritt

von der Gruppe Arbeitnehmer

Im Mittelpunkt der politischen Entscheidungsfindung müssen stets die Anliegen und das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Beschäftigten stehen. Es gilt, diesen wichtigen Humanfaktoren Rechnung zu tragen, denn nur so können wir für gute Lebensbedingungen sorgen. Durch Strategien, die gute Lebensbedingungen für alle gewährleisten, stärken wir das Vertrauen der Bevölkerung sowie die breite Akzeptanz aktueller und künftiger politischer Maßnahmen und verhindern, dass sich die Menschen enttäuscht dem Rechtspopulismus und -extremismus zuwenden.

Auf diesen Überlegungen basieren die [Prioritäten der Gruppe Arbeitnehmer 2023-2025](#), in denen die künftige EU-Führungsspitze klar dazu aufgefordert wird, eine progressive Agenda mit einer stärkeren sozialen Dimension zu formulieren, bei der vor allem der Mensch im Mittelpunkt steht. Nach jahrzehntelangen Krisen, deren Kosten unbestreitbar von den europäischen Bürgerinnen und Bürgern sowie den Beschäftigten geschultert werden mussten, setzen wir darauf, dass nunmehr eine wirklich wichtige Thematik wieder in den Fokus der EU-Debatte rückt: der soziale Fortschritt.

Unsere Prioritäten spiegeln die Vision der Gruppe Arbeitnehmer von einem Europa wider, dass nicht nur sozial und nachhaltig ist, sondern auch die Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte, die Gleichstellung der Geschlechter, die Solidarität und die Vielfalt wahrt. Wir brauchen ein Europa, das der Bekämpfung von Ungleichheit und Armut sowie dem Klimanotstand Vorrang einräumt und einen gerechten ökologischen und digitalen Wandel sowie menschenwürdige Arbeit für alle gewährleistet. Dies ist der beste Weg, um unsere Demokratie und Gesellschaft sowie jeden Einzelnen zu stärken. Wir hoffen, dass diese Zukunftsvision tatsächlich Berücksichtigung findet.



Die EU-Organe müssen im Einklang mit Artikel 11 des EU-Vertrags dringend einen strukturierten Dialog mit der Zivilgesellschaft aufnehmen

von der Gruppe „Organisationen der Zivilgesellschaft“

Am 24. Januar wandte sich die europäische Zivilgesellschaft in einem [offenen Brief](#) an die Präsidentinnen der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments sowie an den belgischen EU-Ratsvorsitz. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Schreibens forderten die drei wichtigsten an der Beschlussfassung in der EU beteiligten Organe

nachdrücklich auf, **konkrete Maßnahmen** gemäß Artikel 11 des Vertrags über die Europäische Union zu ergreifen, **um in allen Politikbereichen einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den Organisationen der Zivilgesellschaft zu führen.**

Der von der [Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft](#) des EWSA und [Civil Society Europe](#) initiierte offene Brief enthält konkrete Vorschläge zur Umsetzung eines solchen Dialogs. Das Schreiben wurde von insgesamt **156 Unterstützern aus 26 Mitgliedstaaten** unterzeichnet, darunter 39 europäische Netze, 85 nationale Organisationen und 60 Mitglieder der EWSA-Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft.

Obwohl der Dialog mit der Zivilgesellschaft im EU-Vertrag verankert ist, wird er in allen EU-Organen nach wie vor nur lückenhaft und unstrukturiert umgesetzt. Aus diesem Grund fordern die Unterzeichner des offenen Briefes „**#EUCivilDialogueNow**“ die EU-Organe auf,

- **eine interinstitutionelle Vereinbarung über den zivilgesellschaftlichen Dialog zu erarbeiten,**
- **in jedem Organ Führungskräfte zu bestimmen, die für die Beziehungen zur Zivilgesellschaft zuständig sind,**
- **eine engere Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen und sozialen Akteuren zu fördern und zu unterstützen.**

Dabei gilt es, sich auf die Empfehlungen der [Konferenz zur Zukunft Europas](#) zu stützen. In einem ersten Schritt schlagen die Unterzeichner vor, dass die Europäische Kommission eine Mitteilung zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Dialogs auf EU-Ebene vorlegt.

Der offene Brief ist in 24 Sprachen verfügbar unter: <https://www.eesc.europa.eu/de/agenda/our-events/events/eu-civil-dialogue-now/open-letter>.

Weitere Informationen finden Sie in der Pressemitteilung zur Ankündigung des offenen Briefes in 24 Sprachen unter: <https://www.eesc.europa.eu/de/agenda/our-events/events/eu-civil-dialogue-now>.

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)
Daniela Marangoni (dm)

Beiträge zu dieser Ausgabe von

Christian Weger (cw)
Daniela Marangoni (dm)
Daniela Vincenti (dv)
Ewa Haczyk-Plumley (ehp)
Agata Berdys '(ab)
Giorgia Battiato (gb)
Jasmin Kloetzing (jk)
Katerina Serifi (ks)
Katharina Radler (kr)
Laura Lui (ll)
Marco Pezzani (mp)
Margarita Gavanias (mg)
Margarida Reis (mr)
Millie Tsoumani (mt)
Pablo Ribera Paya (prp)
Thomas Kersten (tk)

Gesamtkoordinierung

Agata Berdys (ab)
Giorgia Battiato (gb)

Anschrift

European Economic and Social Committee
Jacques Delors Building,
99 Rue Belliard,
B-1040 Brussels, Belgium
Tel. (+32 2) 546.94.76
Email: eescinfo@eesc.europa.eu

EESC info is published nine times a year during EESC plenary sessions. EESC info is available in 24 languages
EESC info is not an official record of the EESC's proceedings; for this, please refer to the Official Journal of the European Union or to the Committee's other publications.
Reproduction permitted if EESC info is mentioned as the source and a link is sent to the editor.

02/2024